

# Stadtverwaltung contra Bürgerinitiative

Ingo Sondermann von der Stadtverwaltung stellte die Vorlage vor, die im Wesentlichen zum Inhalt hat, die ehemalige Familienferienstätte „Regenbogenland“, derzeit Notunterkunft des Landes, zu einer regulären Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes zu erklären.

Das „Regenbogenland“ sei sowohl aus humanitären Gründen sehr gut für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet, denn die Stadt habe untersucht und festgestellt, dass in Ermangelung anmietbaren Wohnraums alternativ nur Kauf oder Miete weiterer Wohncontainer möglich sei.

Zudem sei die Stadt finanziell fein raus, komme die ZUE, denn eine überschlägige Rechnung der Verwaltung habe ergeben, dass die kommunale, dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen bis 2020 Kosten von 11 Mill. Euro verursachen würde, Kosten, die komplett wegfielen, vermiete die Stadt das „Rebola“ als ZUE an das Land, werden die dort untergebrachten Flüchtlinge doch komplett auf das Kontingent angerechnet, das eigentlich die Stadt zur Unterbringung zugewiesen bekomme.

Die Bürgerinitiative hat dagegen zusammen mit dem Caritasverband ein Konzept entwickelt, bei dem die Flüchtlinge dauerhaft in Olpe bleiben sollen. Darin spielt das „Regenbogenland“ eine zentrale Rolle; es soll der Erstaufnahme der der Stadt Olpe zugewiesenen Flüchtlinge dienen und diesen im Bedarfsfall auch dauerhaft für bis zu 24 Monate zur Unterkunft werden.

Spätestens dann, möglichst jedoch früher sollen die Flüchtlinge jedoch in anzumietende Wohnungen im gesamten Stadtgebiet weitervermittelt werden, unterstützt von einem umfassenden, auf viel ehrenamtlichem Einsatz basierenden Unterstützungsnetzwerk.

Im Rahmen der Diskussion stellte sich heraus, dass einige Redner offenbar nicht begriffen hatten, dass, sollte Olpe eine ZUE bekommen, die dort untergebrachten Flüchtlinge nach einer kurzen Zeit definitiv in andere Kommunen weitergeschickt werden und keiner der dort angekommenen Flüchtlinge auf Dauer in Olpe bleiben kann.